



BVL

BVL 10873 Berlin

**Bundesverband
des Deutschen
Lebensmittelhandels e.V.**

**Stellungnahme
des Bundesverbandes des Deutschen
Lebensmittelhandels e. V. (BVL) stellvertretend für seine Mitglieder
im Fachverband ‚Mobile Verkaufsstellen‘ im BVL
zu dem Konsultationspapier der Europäischen Kommission**

anuga

**Überarbeitung der gemeinschaftlichen Regelungen
über Aufzeichnungsgeräte im Straßentransport (Tachographen)**

Zunächst möchte sich der BVL ganz herzlich für die Möglichkeit bedanken, zur Überarbeitung der gemeinschaftlichen Regelungen über Aufzeichnungsgeräte im Straßentransport (Tachographen) im Rahmen der öffentlichen Konsultation Stellung zu beziehen. Dies erfolgt stellvertretend für seine Mitglieder im Fachverband ‚Mobile Verkaufsstellen‘ im BVL.

Nach Schätzungen sind derzeit in Deutschland rund 1.800 mobile Verkaufsfahrzeuge im Einsatz, die ein Sortiment im Sinne eines „rollenden Supermarktes“ führen. Aus der Geschäftstätigkeit ergeben sich rund eine Millionen Kundenkontakte pro Woche. Dabei ist die Branche durchweg mittelständisch geprägt.

Zur Frage 17 (bzw. Frage 7) nimmt der BVL nachfolgend Stellung. Zur Verbesserung werden folgende ergänzende Vorschläge gemacht:

Der bürokratische Aufwand für Unternehmen, deren Haupttätigkeit nicht das Befördern von Gütern ist, ist nach wie vor hoch. Die von der Europäischen Kommission eingesetzte hochrangige Gruppe für Bürokratieabbau hat den Zentralverband des Deutschen Handwerks mit dem ersten Preis für die beste Idee zum Bürokratieabbau ausgezeichnet. Inhalt des Vorschlags ist es, den Anwendungsbereich des Artikels 13 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 von 50 auf 150 km auszudehnen. Dieser Vorschlag sollte von der Europäischen Kommission kurzfristig aufgegriffen werden.

Auch der BVL hat sich für seine Mitglieder im Fachverband ‚Mobile Verkaufsstellen‘ wiederholt für dieses drängende Anliegen eingesetzt. Dies erfolgte mit Blick auf die zunehmenden Schwierigkeiten der mobilen Händler, die ländliche Nahversorgung aufrechtzuerhalten, sowie dem voranschreitenden Strukturwandel innerhalb der Branche. Auch im Sinne eines dringend notwendigen Bürokratieabbaues fordert der BVL die Erweiterung des Umkreises auf 150 Kilometer, in dem ein mobiler Händler ohne bürokratische Nachweispflichten seinen Beitrag zur Nahversorgung leisten kann.

Hausanschrift:
Am Weidendamm 1 A
10117 Berlin

Postanschrift:
10873 Berlin
Telefon (0 30) 72 62 50-80
Telefax (0 30) 72 62 50-85
www.lebensmittelhandel-bvl.de
bvl@einzelhandel.de

Mitglied im Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) e.V.

In Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 durch Anpassung des nationalen Rechtes stimmte am 30. November 2007 der Deutsche Bundesrat der „Zweiten Verordnung zur Änderung fahrpersonalrechtlicher Vorschriften“ zu. In Anlehnung an eine Auslegung durch die EU-Generaldirektion wurden in der nationalen Fahrpersonalverordnung (FPersV) die Fahrzeugtypen noch präziser beschrieben. Explizit ausgenommen sind gemäß FPersV § 18 Abs. 1 Nr. 4 b) z. B. Fahrzeuge mit jeweils für diesen Zweck bestimmter, besonderer Ausstattung, die als Verkaufswagen auf öffentlichen Märkten oder für den ambulanten Verkauf dienen.

Bereits im Jahr 2007 wurde im Rahmen einer intensiven Abfrage der Betroffenheit im mobilen Mitgliederkreis deutlich, dass die Nutzung der Fahrzeuge im Umkreis von 50 Kilometern - als eine Voraussetzung der Ausnahmeregelung - schon damals nicht mehr den Markterfordernissen entsprach. Um jedoch die Ausnahmeregelung für den mobilen Handel vom drohenden nationalen Wegfall zu bewahren, wurde dieser wichtige Aspekt in der politischen Kommunikation zunächst zurückgestellt.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ausweitung ländlicher Regionen, deren Nahversorgung oft nur noch durch den mobilen Handel aufrechterhalten werden kann, steigen auch die Fahrstrecken, die von den Händlern zu überbrücken sind, um insbesondere ältere bis hoch betagte, aber oftmals auch kranke und behinderte Menschen mit Lebensmitteln zu versorgen. Gleichzeitig schreitet der Strukturwandel innerhalb der mobilen Branche weiter voran. Expansion und Zusammenschlüsse sind auch hier die Instrumente, um im Wettbewerb bestehen zu können. Ein vom mobilen Handel zu nutzender Umkreis von 50 Kilometern entspricht nicht mehr den Erfordernissen in den ländlichen Regionen und behindert die Händler massiv darin, die dortige Nahversorgung auch künftig zu sichern.

Würde der Radius von 50 Kilometer überschritten, müssten Fahrer rollender Supermärkte derzeit die Lenkzeiten, Fahrtunterbrechungen und Ruhezeiten sowie die entsprechenden Aufzeichnungspflichten nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 einhalten. Daraus resultieren nicht nur in hohem Maße zusätzliche Kosten, sondern auch eine massive Ausweitung des bürokratischen Aufwandes, was die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit massiv gefährden würde.

Die Frage 7 im Konsultationspapier befasst sich mit der spezifischen Situation, dass Unternehmen „nur in wenigen Fällen“ den Umkreis überschreiten müssen. Für diese Fälle fehlt derzeit eine Regelung in der Verordnung (EG) Nr. 561/2006. Den Behörden der Mitgliedstaaten sollte für diese Fälle die Möglichkeit gegeben werden, den betroffenen Unternehmen Ausnahmegenehmigungen zu erteilen. Auch wenn dieser Ansatz die Rechtslage nicht grundlegend flexibilisiert, was im Sinne einer Ausweitung vom Radius auf 150 km dringend erforderlich ist, wäre es zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung, der jedoch vor dem Hintergrund der dargestellten Situation bei weitem nicht ausreicht, die ländliche Nahversorgung durch den mobilen Handel für die Zukunft zu sichern.

Wir wären Ihnen äußerst dankbar, wenn Sie sich im Rahmen der Konsultation für unser Anliegen einsetzen könnten und danken Ihnen bereits im Voraus für Ihr Engagement für den betroffenen Mittelstand.

Berlin, 23. April 2010